Freie Demokraten

Ortsverband Bretten FDP

# Die Weichen stellen, damit Bretten über sich hinauswachsen kann

**WAHLPROGRAMM**
der Freien Demokratischen Partei
zur Wahl des Gemeinderats
der Großen Kreisstadt Bretten
am 26. Mai 2019

**FDP-Stadtverband Bretten**
Vorsitzender Kai Brumm (V.i.S.d.P.) | Stellv. Vorsitzender Max Weismann | Schatzmeister Alfred Wernert
Anschrift: Bessergasse 1 | 75015 Bretten
Kontakt: info@fdp-bretten.de | www.fdp-bretten.de | www.facebook.de/FDPBretten

# Inhaltsverzeichnis

**I. Verkehr und Mobilität ... 3**
*1. Umgehungsstraßen und Durchgangsverkehr* ... 3
*2. Innerstädtischer Verkehr* ... 3
*3. Schienenverkehr, Bahnhof Bretten, ÖPNV* ... 5
*4. Barrierefreiheit in der Altstadt* ... 6
**II. Wohnungsbau ... 6**
**III. Neue Gewerbeflächen ... 7**
**IV. Hochwasserschutz ... 7**
**V. Chancen der Digitalisierung nutzen ... 9**
*1. Versorgung mit Glasfaser* ... 9
*2. Digitalisierungsstrategie* ... 9
**VI. Feuerwehr ... 10**
**VII. Soziales und Gesundheitsversorgung ... 11**
*1. Ärztliche Versorgung, Geburtshilfe* ... 11
*2. Kinderbetreuung* ... 11
**VIII. Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung ... 11**
*1. Die ‚Kleinstadtperle' bekannter machen* ... 11
*2. Stadtentwicklung auf der Sporgasse* ... 12
*3. Gründer fördern, Pop-up Stores ermöglichen* ... 13
**IX. Freizeitangebote, Kultur und Vereine ... 14**
**X. Haushalt und Beziehungen zur Stadtverwaltung ... 15**

# I. Verkehr und Mobilität

## *1. Umgehungsstraßen und Durchgangsverkehr*

Die Brettener Kernstadt muss in Sachen Durchgangsverkehr entlastet werden. Rund 16.000 Fahrzeuge durchqueren momentan täglich die Melanchthonstadt, wo die Bundesstraßen 294 und 35 zusammentreffen. Besonders problematisch wirkt dabei das weiterhin **steigende LKW-Aufkommen**. Wer nach oder durch Bretten pendelt, kann jeden Tag feststellen, dass die Stadt zusehends im LKW-Verkehr erstickt. Dies kann nicht auf Dauer so bleiben, mindern Staus und Verkehrslärm doch die hiesige Lebensqualität.

Die Freien Demokraten bekräftigen daher ihre langjährige Forderung nach einer **Südwestumgehung für Bretten**. Wir begrüßen ausdrücklich, dass eine solche Entlastungstrasse jüngst im Bundesverkehrswegeplan 2030 verankert wurde. Nun gilt es, mit Tatkraft und Geschlossenheit Brettener Interessen im weiteren Planungsprozess zu vertreten. Als Liberale kämpfen wir für einen **weiträumigen Streckenverlauf**, der das ‚Karlsruher Dreieck' mit der B294 im Süden verbindet. Diese Projektvariante sichert wichtige Entwicklungspotentiale für unsere Stadt, darunter ein neues Gewerbegebiet zwischen Rinklingen und Dürrenbüchig, das unmittelbar an die neue Südwestumgehung angebunden wird. Gleichsam fügt sich die Trasse hervorragend in die vielfach geforderte Achsenplanung Bruchsal – Bretten – Neulingen – Pforzheim ein. Großräumiges Denken ist angesagt.

Langfristig machen wir uns zudem für einen **Ringschluss im Südosten** stark, der zwischen der Landesstraße 1103, der B35 sowie der B294 eine direkte Verbindung außerhalb der Kernstadt schafft. Dadurch käme es zu einer spürbaren Entlastung der Georg-Wörner- und der Pforzheimer Straße sowie des Wohngebiets „Wanne".

## *2. Innerstädtischer Verkehr*

Bis notwendige Umgehungsstraßen realisiert werden, dürften noch einige Jahre ins Land ziehen. In der Zwischenzeit sind die lokalen Entscheidungsträger gefordert, über flankierende Maßnahmen zur Verkehrsentlastung nachzudenken, die Bretten in weitgehender Eigenregie anpacken kann.

Wir hoffen daher auf das **Gesamtmobilitätskonzept**, dessen Erstellung eine Bürgerinitiative angeregt und der Gemeinderat beschlossen hat. Mit dem Konzept dürften künftige Entscheidungen in Sachen Mobilität und Infrastruktur auf einer soliden Grundlage stehen: Es gilt, das Mobilitätsverhalten der Bürger systematisch zu untersuchen, für die nächsten Jahre zu prognostizieren und auf diesem Fundament konkrete Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Dabei müssen die unterschiedlichen Verkehrsmittel **Auto, Fahrrad, Bahn, Bus** und – hoffentlich in absehbarer Zukunft – auch **Elektrokleinstfahrzeuge wie E-Scooter** gleichermaßen berücksichtigt werden, ohne den Fußverkehr außer Acht zu lassen.

Gleichwohl darf das Mobilitätskonzept nicht als Entschuldigung für längeres Abwarten und Nichtstun herhalten. Konkrete Handlungsempfehlungen sind nicht vor Mitte 2020 zu erwarten; erst dann wird das beauftragte Fachbüro die Endfassung seines Konzepts vorlegen. Derweil zeichnen sich schon heute diverse Projekte ab, die weiter mit Entschlossenheit verfolgt werden müssen. Zur Stärkung des Radverkehrs fordern wir Freie Demokraten beispielsweise einen endlich **durchgängigen Rad- und Fußweg für die Kernstadt**, der den Breitenbachweg mit der Alten Post verbindet und bis zum Brettener Bahnhof reicht.

Ebenso legen wir Wert auf **sichere Rad- und Fußwege**. Zwei Beispiele mögen illustrieren, was wir damit meinen. Zum einen gilt es, Verbindungswege zwischen den Stadtteilen auch in den Abend- und Nachtstunden attraktiv zu halten. Unzureichend beleuchtete Strecken wie der Fuß- und Radweg zwischen Bretten und Ruit sollten daher bald der Vergangenheit angehören. Zum anderen bringen Wege, auf denen Radfahrer leicht mit dem motorisierten Verkehr in Konflikt geraten, keinen Mehrwert. Die Radspur auf der Melanchthonstraße, kurz vor der Kreuzung Alexanderplatz, sei beispielhaft genannt. Unmittelbar vor der Ampelanlage aus Richtung Bretten kommend verengt der eingezeichnete Radweg die rechte Fahrspur so weit, dass Radfahrer in Gefahr geraten und der übrige Straßenverkehr behindert wird. LKW sind üblicherweise gezwungen, die Radspur mit zu nutzen. Als Freie Demokraten fordern wir daher eine kritische, zeitnahe Prüfung solcher Verbindungswege in die Ortsteile und treten im Zweifel für eine Verlagerung bedenklicher Radspuren ein. Im Übrigen könnte eine **Radverkehrskarte** für Bretten hiesige Radwege bekannter machen und so mehr Menschen zum (alltäglichen) Umstieg auf das Fahrrad motivieren. Dass das örtliche Radwegenetz insgesamt stark optimierungsbedürftig ist, dürfte spätestens dann offen zutage treten.

Die FDP wird ferner darüber wachen, dass das Mobilitätskonzept nicht einseitig auf ideologisches Kirchturmdenken festgelegt wird. Tatsächlich ist das einzige Ziel, das die Bürgerinitiative Verkehrsentlastung bereits im Vorfeld auf ihrer Homepage fixiert hat, die Verhinderung der Südwestumgehung. Dabei wird mit der Trasse keine Ersatzautobahn neu geschaffen; vielmehr verläuft die Ersatzautobahn zu Stoßzeiten oder bei Unfällen schon jetzt mitten durch Bretten.

Was den **Straßenverkehr** in der Kernstadt betrifft, hat die optimierte Ampelschaltung in der Wilhelmstraße bereits zu einem besseren Verkehrsfluss beigetragen. Sorgenkind bleibt die **Georg-Wörner-Straße**. Dort und in der Pforzheimer Straße sorgen Pendler, die aus Richtung Oberderdingen oder von der B35 kommen und in Richtung Pforzheim unterwegs sind, täglich für massiven Durchgangsverkehr. Seit dem Umbau der Georg-Wörner-Straße in Höhe Withumanlage verschärfen geänderte Anwohnerparkplätze die Situation zusätzlich. Häufig lassen sich am westlichen Ende der Georg-Wörner-Straße Rückstaus in die Pforzheimer Straße beobachten, da Parkflächen auf der Fahrbahn den Verkehrsfluss behindern. Dadurch erhöht sich die Lärm- und Schadstoffbelastung für Anwohner durch **ständiges Stop & Go**. Gleiches gilt in Stoßzeiten für den östlichen Teil der Georg-Wörner-Straße, wenngleich in geringerem Maße.

Wir wollen daher in einem ersten Schritt prüfen lassen, inwiefern sich betreffende Anwohnerparkplätze teilweise auf die Gehsteige verlagern lassen, damit in der westlichen Georg-Wörner-Straße möglichst Verkehrsströme in beide Richtungen aneinander vorbeipassen und die Fahrzeuge flüssig vorankommen. Wäre der Parkstreifen wie in der Weißhofer Straße nur 30 bis 50 Zentimeter weniger auf der Straße und weiter auf dem Gehweg, würde dies für eine Entlastung der Situation sorgen. Mittelfristig sollten Parkplätze als Hindernisse des **fließenden Verkehrs** gänzlich aus der Georg-Wörner-Straße verschwinden, was freilich geeignete Ausweichflächen für Anwohner voraussetzt. Die FDP fordert die Verwaltung daher auf, den Erwerb geeigneter Grundstücke wie an der Ecke Hildastraße (ehemalige Kfz-Werkstätte) anzustreben, um dort **neue Parkflächen für Anwohner** auszuweisen. Gelingt die weitreichende oder gänzliche Verlagerung der Parkplätze, sollten lokale Geschwindigkeitsbegrenzungen mithilfe zweier Blitzeranlagen (oder Bodenwellen) durchgesetzt werden. Die Georg-Wörner-Straße wieder in eine **Einbahnstraße** zu verwandeln, **lehnen wir hingegen entschieden ab**. Infolgedessen würden lediglich die verkehrsberuhigte Friedrichstraße, die Weißhofer und der nördliche Teil der Pforzheimer Straße oder aber die „Wanne“ stärker belastet.

Insgesamt stimmen wir mit den Initiatoren des Mobilitätskonzeptes überein, dass eine fachmännische Gesamtbetrachtung von außen notwendig ist, um eine nachhaltige Verkehrsentlastung Brettens herbeizuführen. Die Parteien des Gemeinderats sind indessen angehalten, auch punktuelle Verbesserungsideen in den örtlichen Diskurs einzubringen.

## *3. Schienenverkehr, Bahnhof Bretten, ÖPNV*[1]

Als Große Kreisstadt und Mittelzentrum benötigt Bretten eine Zuganbindung, die über Stadtbahnen in die unmittelbare Umgebung hinausreicht. Dass Bahnreisende von Bretten aus in die Landeshauptstadt **Stuttgart** sowie die **Metropolregion Rhein-Neckar** gelangen, ohne zeitraubende Umstiege und überlange Fahrtzeiten in Kauf nehmen zu müssen, ist der FDP ein Kernanliegen. Wir werden daher die für Juni 2019 geplante **Neugestaltung des bisherigen Regionalexpress Heidelberg-Stuttgart** kritisch begleiten. Es gilt, Erfahrungen der Pendler mit den neuen Bahnangeboten, auch des Betreibers Abellio Rail, zügig aufzunehmen und Brettener Interessen bei Bedarf gegenüber dem Landesverkehrsministerium deutlich zu machen. Insbesondere sollten Umsteigezeiten von mehr als 20 Minuten am Bahnhof Bruchsal vermieden werden.

Den viel beschworenen Umstieg auf die Schiene würde ferner ein **neu belebter Bahnhof** erleichtern, der nützliche Angebote für Pendler bereithält. Die Freien Demokraten unterstützen die Bemühungen der Stadtverwaltung, das Bahnhofsgebäude zu erwerben. Dabei wollen wir den Standort nicht von vornherein aufgeben: Umliegende Firmen und Anwohner könnten neben den Bahnreisenden einen tragfähigen Kundenstamm für eine Bäckerei samt Café bilden, zumal der benachbarte Handelshof wohl 2019 schließt. Obendrein sind beheizte Warteräume und saubere Toiletten ein absolutes Muss. Doch mittelfristig wollen wir ambitionierter denken. Für die **bauliche Neugestaltung** des Bahnhofsgebäudes sollte die Stadt einen Architektenwettbewerb ausloben, der eine Vielzahl frischer Ideen ins Spiel bringt. So könnte eine modernisierte und optisch aufgewertete Bahnhofsimmobilie neben kommerziellen Angeboten beispielsweise größere Räumlichkeiten für den Brettener Kunstverein beherbergen. Bei allen Überlegungen tun wir gut daran, die Einfälle und Wünsche der Bürgerschaft zu berücksichtigen. Denken wir die Zukunft unseres Bahnhofs gemeinsam in großen Maßstäben.

Was die **Bahnsteige samt Unterführung** betrifft, müssen wir uns mit Nachdruck für baldige **Barrierefreiheit** stark machen. Es kann nicht angehen, dass körperlich eingeschränkte Menschen am Brettener Bahnhof vor so beträchtliche Hürden gestellt werden. Obendrein könnte eine regelmäßige Grundreinigung von Böden, Wänden und Treppen nicht schaden. Das **Sicherheitsgefühl** von Passanten, insbesondere in den Nachtstunden, ließe sich durch eine verbesserte Beleuchtung der Unterführung und mehr Sicherheitsleute stärken. Da die Bahnsteige im Gegensatz zur Immobilie dauerhaft in Händen der Bahn bleiben, gilt es, diese Ideen und Forderungen gegenüber der Albtal-Verkehrsgesellschaft und dem Bahnkonzern zu vertreten.

Zwecks **Vernetzung unterschiedlicher Mobilitätsarten** mit der Bahn streitet die FDP für eine hinreichende Zahl an **kostenlosen Park & Ride-Parkplätzen** im Stadtgebiet. Das neue Parkhaus auf dem Fibron-Mellert-Areal könnte hier zusätzliche Potentiale bereithalten. Daneben engagieren wir uns für sichere Fahrradstellplätze an allen Brettener Bahnhaltestellen und regen **Sharing-Angebote für E-Scooter** an. Die elektrischen Tretroller, die sich optimal für die

[1] ÖPNV = Öffentlicher Personennahverkehr.

letzte Meile, etwa zwischen Haltestation und Wohnungstür, eignen, stehen in Deutschland kurz vor der Zulassung. Sie könnten den Umstieg auf die Schiene mittelfristig erleichtern.

Nicht vergessen wollen wir den gebotenen **Lärmschutz** entlang der Schienenwege. Obwohl die Deutsche Bahn einschlägige Maßnahmen für die Kernstadt, Ruit, Diedelsheim und Rinklingen angekündigt hat, wünschen wir uns bei diesen Projekten mehr Tempo. Zusätzlich könnte ein innovatives Schienenschleifverfahren nach Professor Markus Hecht (TU Berlin) die Lärmbelastung im Stadtgebiet reduzieren. Bei einem Vor-Ort-Termin mit unserem Bundestagsabgeordneten Dr. Christian Jung wurde diese Option bereits für Ruit angedacht.

### *4. Barrierefreiheit in der Altstadt*

Ein Programmkapitel zu Mobilität darf nicht enden, ohne die Situation körperlich eingeschränkter Menschen zu berücksichtigen. Neben Knotenpunkten wie dem Bahnhof wollen wir die Barrierefreiheit unserer Altstadt schnellstmöglich erreichen. Immerhin gelten Marktplatz und Fußgängerzone mit Recht als herausragende Treffpunkte in Bretten. Obwohl mit dem im Haushalt 2019 eingestellten **Aufzug** für das Alte Rathaus ein Anfang gemacht ist, müssen wir weiterdenken. Denn ansonsten bleibt der historische Kern der Melanchthonstadt nicht rollstuhlgerecht. Wir kämpfen daher mindestens für gesonderte **ebene Fahrstreifen im Brettener Zentrum**, die Rollstuhlfahrern trotz Altstadtpflaster den Besuch von Marktplatz und Fußgängerzone erleichtern würden. Gleichwohl ist damit nur eine ‚Baustelle' exemplarisch angesprochen. Die umfassende Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude in Bretten sollte ein vordringliches Ziel der hiesigen Kommunalpolitik darstellen.

## II. Wohnungsbau

Bretten wächst. Bis 2030 prognostiziert das Statistische Landesamt Baden-Württemberg einen Bevölkerungszuwachs für unsere Gemeinde um 2.000 bis 3.000 Einwohner.[2] Der Nachfragedruck auf den hiesigen Wohnungsmarkt wird folglich kaum nachlassen, sondern vielmehr weiter ansteigen. Als Freie Demokraten räumen wir der **zügigen Schaffung neuer Wohnflächen** deshalb **Priorität** ein. Es wird erst genug Wohnraum geben, wenn Verwaltung und Gemeinderat den Weg dafür frei machen und sich mit Elan hinter die Problematik klemmen.

Ein Wohnraumkonzept für Bretten tut not. Die FDP macht sich für das Wachstum aller Ortsteile stark und strebt nach einer **gleichmäßigen Verteilung künftiger Neubaugebiete** auf der Gemarkung der Melanchthonstadt. Dabei ist für uns selbstverständlich, dass die Verwaltung in jedem neuen Baugebiet, ob in Ortsteilen oder der Kernstadt, Grundstücke für **sozialen Wohnungsbau** vorhält. Einer Quote für sozial geförderte Wohnungen stehen wir offen gegenüber.

Die Tragweite der Herausforderung erfordert obendrein Kreativität. Mithin lohnt der Blick, wie andere Städte und Gemeinden dem Engpass an Wohnungen begegnen. Wir möchten daher das **Tübinger Modell** des Wohnungsbaus, wie es im Rahmen unserer kommunalen Programmwerkstätten vorgestellt wurde, als flankierende Option im Gespräch halten. Gerade im Falle der Kernstadt könnte das Konzept herkömmliches Bauen über private Bauträger ergänzen. So beweisen Tübingen und seine Nachahmer seit mehr als 20 Jahren, dass auffällig preiswerte Wohnungen mithilfe privater Baugemeinschaften realisierbar sind. Im Ergebnis entstehen vielfältige, bunt gemischte und architektonisch wie städtebaulich ansprechende

[2] Siehe Regionalisierte Vorausrechnung des Statistischen Landesamts für die Große Kreisstadt Bretten.

Quartiere. Dabei erfordert das Modell freilich Impulse seitens der Verwaltung, die einschlägige Projekte initiieren, begleiten und kommunale Grundstücke bereitstellen müsste.

Abgesehen von der konkreten Umsetzung wünschen wir uns, dass das Thema Wohnen auch bei der Neugestaltung des Sporgassen-Areals groß geschrieben wird. Ferner müssen wir angesichts des demographischen Wandels verstärkt die Herausforderung des **altersgerechten Wohnens** im Blick behalten, damit unsere Stadt für Seniorinnen und Senioren lebenswert bleibt.

## III. Neue Gewerbeflächen

Nach Erschließung des siebten und letzten Bauabschnitts im Gewerbegebiet Gölshausen droht Bretten eine **schmerzliche Entwicklungslücke**, was die Ansiedlung neuer Arbeitsplätze und Firmen betrifft. Schon heute erhält die Verwaltung Anfragen von Gewerbetreibenden, kleinen wie mittleren Industrieunternehmen und Handelsfirmen, die ihren Sitz nach Bretten verlagern wollen. Allerdings ist die Fläche von ‚Gölshausen VII' überwiegend vergeben; insbesondere Erweiterungen bestehender Unternehmen sollen dort realisiert werden. Weitere Anfragen muss die Stadt zurückweisen, da neue Gewerbeflächen auf Brettener Gemarkung weder verfügbar noch konkret geplant sind.

Als Freie Demokraten kämpfen wir leidenschaftlich dafür, dass Bretten seine **Attraktivität als Gewerbestandort** behält und ansiedlungswilligen Firmen Perspektiven bietet. Nur so kann unser Mittelzentrum seinen Bestand an Arbeitsplätzen halten und mittelfristig ausbauen. Kaum zu überschätzen ist ferner der Stellenwert von Gewerbesteuereinnahmen für die künftige Entwicklung der Melanchthonstadt.

Nachdenklich stimmen sollte uns die Tatsache, dass zur vollständigen Erschließung neuer Gewerbeflächen inzwischen gut und gern zehn Jahre benötigt werden. Wir fordern daher mit Nachdruck, dass die örtlichen Entscheidungsträger schleunigst ausloten, wo ein neues Gewerbegebiet mit einer Größe von etwa **40 Hektar** entstehen könnte. Denn nur wenn sich die hiesige Kommunalpolitik auf einen geeigneten Standort verständigt, können konkretere Planungen initiiert werden. Wir Freidemokraten plädieren für ein großzügiges neues **Gewerbeareal zwischen Rinklingen und Dürrenbüchig**, das bestenfalls an die nötige Südwestumgehung angebunden wird.

## IV. Hochwasserschutz

Jeder Mensch hat das Recht auf die Unversehrtheit seiner Wohnung. Dies gilt sowohl bei Straftaten wie Einbruch, aber auch im Falle von Naturkatastrophen wie Hochwasser. Die Hochwasserereignisse der Jahre 2013, 2015 und 2016 haben gezeigt, dass Bretten nicht hinreichend auf Überschwemmungen vorbereitet ist.

2013 resultierte das Hochwasser aus einem mehrwöchigen Regenwetter, das die Eng, die Salzach, die Weißach und den Saalbach über die Ufer treten ließ. Die Hochwasserereignisse von 2015 und 2016 folgten dagegen aus lokal begrenzten Starkregen mit Niederschlagsmengen von mehr als 60 Litern pro Quadratmeter und Tag. Diese Hochwasserereignisse brachten die Kanalisation zum Überlaufen und infolgedessen traten auch die Bäche über die Ufer.

Starkregenereignisse können nicht verhindert werden. In der Geschichte Brettens gab es immer wieder Überschwemmungen, wobei uns Starkregen auch künftig beschäftigen wird. Die zunehmende Häufung von Hochwasserereignissen hängt mit dem Klimawandel zusammen.

Dass die negativen Auswirkungen für Menschen, Wohnungen und Gewerbeanlagen immer größer werden, ist daher gewissermaßen hausgemacht. Wir bauen bis in Talauen hinein, Bäche werden ‚zu Tode' begradigt, wir versiegeln große Flächen, Niederschläge können nicht mehr hinreichend versickern, unsere Kanalisation hält nicht mit der Zunahme an Einwohnern Schritt. Zur Korrektur bedarf es folglich eines funktionierenden Hochwasserschutzes in Bretten. Wir brauchen eine durchdachte, transparente Strategie, um die Schäden bei künftigen Überschwemmungen einzudämmen. Dabei ist das Problem der Gewässerverschmutzung hier zwar nicht berücksichtigt, aber diese Herausforderung darf nicht vergessen werden. Stark verunreinigtes Wasser kann sich bei Hochwasser auch zu einem Gesundheitsproblem auswachsen.

Für den ersten Typ Hochwasser infolge tagelanger Niederschläge ist entscheidend, **das Wasser vor den bewohnten Gebieten Brettens und seiner Teilorte zurückzuhalten**, um es sodann kontrolliert durch bebaute Areale hindurchleiten zu können. Hierfür ist eine Kombination aus mehreren, miteinander verbundenen Rückhaltungen der Bäche Gölshäuser Dorfbach, Salzach, Weißach mit Seeberger Bach und Eng am sinnvollsten. Unterstützt werden sollte das System durch die Renaturierung der Weißach und der Eng. Ein entsprechendes Konzept liegt vor und wurde bereits im Rahmen unserer Kommunalen Programmwerkstätten im Mai 2018 präsentiert. Dabei sind mehrere kleine, **dezentrale Rückhaltungen** einer großen Rückhaltung vorzuziehen. Die Renaturierung der Weißach und des Saalbachs sehen wir als flankierende Maßnahmen an.

Um dem zweiten Typ Hochwasser, verursacht durch plötzliche Starkregen und lokal begrenzte Gewitterzellen, entgegenzuwirken, gilt es, den Niederschlag auf Böden versickern und nicht in die Kanalisation fließen zu lassen. Zu diesem Zweck empfehlen die Freien Demokraten mehrere Maßnahmen:

- Die **Abflusskapazität der Brettener Kanalisation** muss spürbar erweitert werden. Schon heute ist das lokale Kanalisationssystem völlig überlastet; im Falle größerer Niederschläge bleiben kaum noch Spielräume zur Aufnahme beträchtlicher Regenmengen.
- Für Neubauten sollten wir prüfen, ob nicht der verbindliche Einbau von **Zisternen** das Problem entschärfen könnte. Zisternen taugen zur Aufnahme von Regenwasser, das von Dächern und versiegelten Flächen abfließt. Ihr Überlauf ließe sich als unterirdische Drainage in den Hausgarten vorsehen, sodass entsprechende Wassermengen nicht in die Kanalisation gelangen. Das Wasser, das in Zisternen verbleibt, kann etwa für die Bewässerung von Pflanzen verwendet werden.
- Im Falle bestehender Gebäude wären Anreize denkbar, die Besitzern den nachträglichen Einbau von Zisternen oder Drainagen/Abflüssen schmackhaft machen.
- Bei großen versiegelten Flächen (etwa (Park-) Plätze, Schulhöfe und dergleichen) könnten ebenfalls Drainagesysteme konzipiert werden, die das Oberflächenwasser in den Boden bzw. in spezielle Regensammelbecken ableiten, ohne dass die Kanalisation beansprucht wird.
- Die Ausweisung von Neubaugebieten in Niederungslagen ist wenigstens kritisch zu sehen oder bei entsprechendem Risiko ganz zu unterlassen.
- Werden neue Wohngebiete konzipiert, sollte deren Querschnitt ohne schiefe Ebenen auskommen. Stattdessen ließe sich auf Terrassen setzen. Denn Terrassen halten den Niederschlag, gleitende Hänge leiten das Wasser hingegen ab (Beispiel Steiner Pfad). Ferner erscheinen für Neubaugebiete **separate Abwassersysteme** sinnvoll, die nicht an das bestehende Abwassersystem Brettens angeschlossen werden, sondern

Wasser in neuen Leitungen zur Kläranlage führen. Dadurch ließe sich die existierende Kanalisation entlasten.

Derzeit setzt die Verwaltung in Kooperation mit dem Büro Wald und Corbe viele Einzelmaßnahmen in unterschiedlichen Bereichen Brettens um, darunter die Kernstadt, Ruit, Gölshausen, Diedelsheim und Rinklingen. All diesen Maßnahmen ist in erster Linie gemein, dass sie im Falle von Starkregen den kontrollierten Durchfluss der Wassermassen durch Bretten beschleunigen sollen. Gleichwohl scheint dadurch lediglich ein Teilaspekt der Hochwasserproblematik adressiert zu werden. Wir als FDP erwarten daher von Oberbürgermeister Wolff, **dass die Stadtverwaltung die Strategie hinter den vielen Einzelmaßnahmen öffentlich darlegt und die Bürgerschaft bei der Hochwasserprävention stärker einbindet**. Im Gemeinderat werden wir daher unsere eigenen Ideen zur Diskussion stellen und eine bessere Kommunikation der Stadtspitze auf dem Feld des Hochwasserschutzes einfordern.

# V. Chancen der Digitalisierung nutzen

## *1. Versorgung mit Glasfaser*

Leistungsstarke Glasfaserleitungen gelten mit Recht als die essentielle Voraussetzung für eine digitale Zukunft. Seit 2016 konnte Bretten in Zusammenarbeit mit der ‚Breitbandversorgung Rhein-Neckar GmbH' (BBV) **enorme Fortschritte** bei der Schaffung eines örtlichen Glasfasernetzes erzielen. Als Freie Demokraten stehen wir hinter der Entscheidung, die BBV als privaten Partner in den Ausbau der lokalen Infrastruktur einzubeziehen. In Anbetracht der Umstände war diese Strategie die bestmögliche Lösung, um besonders schlecht versorgte Teile Brettens rasch an leistungsfähiges Breitband anzuschließen.

Gleichwohl muss das gesamte Stadtgebiet zeitnah und flächendeckend von modernen Internetleitungen profitieren. Wir streben daher an, dass die BBV die **nördlichen Stadtteile Bauerbach, Neibsheim und Büchig** (sowie ggf. Dürrenbüchig) im Rahmen eines Folgeprojekts mit Glasfaser versorgt. Sollte das Unternehmen dort zu geringe Gewinnpotentiale sehen, brauchen wir einen Plan B zur Ergänzung des BBV-Angebots. Konkret wollen wir Investitionen der Stadtwerke und öffentliche Fördermöglichkeiten für jene Gebiete prüfen lassen, die von der BBV nicht abgedeckt werden können.

Längerfristig machen sich die Freien Demokraten für ein **Höchstmaß an Wettbewerb** auf dem hiesigen Glasfasermarkt stark. Die Brettener Verbraucher sollten aus mehreren zeitgemäßen Internetangeboten auswählen können, sodass kein Privatunternehmen eine marktbeherrschende Stellung für sich verbucht.

## *2. Digitalisierungsstrategie*

Durch seine Teilnahme am Landeswettbewerb „Digitale Zukunftskommune@bw" verfügt Bretten zwischenzeitlich über eine elaborierte Digitalisierungsstrategie, deren Umsetzung wir mit Nachdruck anmahnen. Das Papier zeigt Handlungsfelder für die Kommunalpolitik auf und wurde unter dem Titel „**Digitalisierung@Bretten - Bretten startet durch**" Ende Februar 2019 im Gemeinderat verabschiedet. Den Absichtserklärungen und Projektfahrplänen müssen nun rasch Taten folgen.

Besonders einsetzen wollen wir Freie Demokraten uns für eine merkliche **Erweiterung des digitalen Bürgerservices** und den Ausbau öffentlicher WLAN-Hotspots. Auf dem Weg in Richtung E-Government gilt es, Arbeitsabläufe in der städtischen Verwaltung zu digitalisieren

und somit zu vereinfachen. Bürger sollten im Laufe der nächsten Legislaturperiode des Gemeinderats die Möglichkeit erhalten, Genehmigungen, Parkausweise und dergleichen online zu beantragen. Auch ein **digitales Anmeldeverfahren für Kita-Plätze** unterstützen wir ausdrücklich. Um die Attraktivität von Innenstadt und Ortsteilen zu erhöhen, bedarf es zudem einer baldigen **Ausweitung des kostenlosen WLAN-Angebots**. Für Bretten bleibt auf dem Feld der Digitalisierung viel zu tun. Die Herausforderungen sind nun klar benannt; gehen wir sie mit Tatkraft an.

## VI. Feuerwehr

Die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr leisten einen **unschätzbar wertvollen Dienst** an unserem Gemeinwesen. Im Gemeinderat treten wir als Freie Demokraten dafür ein, dass dieses Engagement mit einer angemessenen, tauglichen und stets zeitgemäßen **Einsatzausstattung** gefördert wird.

Dabei orientieren wir uns an folgenden Grundsätzen. Erstens sollte die Ausrüstung der jeweiligen Feuerwehrabteilungen mit dem **Wachstum der zugehörigen Ortsteile** Schritt halten. Manch Stadtteil verzeichnet durch Neubaugebiete ein stetiges Bevölkerungswachstum, was mithin zu einer erweiterten Ausstattung der zuständigen Feuerwehr führen muss. Zweitens gilt es, die **Einsatzzahlen** der verschiedenen Ortswehren zu berücksichtigen, wenn es an die Verteilung von Ressourcen, zum Beispiel Fahrzeugen, geht. Die Konzentration der technischen Ausrüstung in der Kernstadt muss verhältnismäßig sein.

Drittens geht von **Industriegebieten** ein besonderes Gefahrenpotential aus, das bei der Planung der Feuerwehrkapazitäten zu berücksichtigen ist. Das Beispiel Gölshausen macht deutlich, worum es geht. So beherbergt das dortige, größte Gewerbegebiet Brettens nicht nur ‚einfache' Handelsunternehmen und Bürogebäude, sondern zugleich Galvanikfirmen, Großlager für Nahrung und Kleidung, kunststoffverarbeitende Betriebe und entsprechende Lagerbestände. Obendrein ist eine Vielzahl von Arbeitnehmern täglich im Gewerbepark tätig. In scharfem Kontrast zu dem Gefahrenpotential, das Brände im Gölshäuser Industriegebiet in sich tragen, steht die heutige Ausstattung der Feuerwehr Gölshausen. Blickt man beispielhaft auf die verfügbaren Einsatzfahrzeuge, besitzt die Abteilung dieselben Kapazitäten wie der erheblich kleinere Ortsteil Sprantal. Das Feuerwehrhaus in der Mönchstraße ist längst zu klein, was nicht zuletzt die Aufnahme neuer Feuerwehrleute erschwert.

Als FDP bekräftigen wir daher unsere Forderung nach einem komplett **neuen, größeren Feuerwehrhaus zwischen Gewerbegebiet und Gölshäuser Dorfkern**. Als idealer Standort käme das nordöstliche Ende der Eppinger Straße in Richtung Steinäcker infrage mit hervorragender Anbindung an Wohnbebauung und Gewerbegebiet. Welche Gründe weiterhin für einen Neubau sprechen, können Sie in unserer Pressemitteilung "FDP fordert neues Feuerwehrhaus in Gölshausen" nachlesen.

Generell bekennen sich die Liberalen zu einer nachhaltigen Unterstützung der Brettener Feuerwehr. Die gebührende Anerkennung ihres ehrenamtlichen Engagements ist uns ein zentrales Anliegen.

# VII. Soziales und Gesundheitsversorgung

## *1. Ärztliche Versorgung, Geburtshilfe*

Abgesehen von der neuen Rechbergklinik kristallisierten sich in der jüngeren Vergangenheit das Kraichgau Center und das auf der Sporgasse geplante Ärztehaus als weitere (faktische) Gesundheitszentren heraus. Diese Entwicklung begrüßen wir ausdrücklich. Zugleich hoffen wir, dass das Projekt auf der Sporgasse auch nach seiner Verwirklichung auf ausreichende Nachfrage seitens verschiedener Mediziner trifft. Optimiert werden muss in unseren Augen indessen der örtliche **Notfalldienst der Apotheken** an Wochenenden und Feiertagen.

Ferner wollen wir einen Mangel an **Kinderärzten** vermeiden. Seit der Schließung der zweiten Kinderarztpraxis in der Melanchthonstadt konnte jetzt immerhin erreicht werden, dass ein weiterer Kinderarzt für ein Jahr in der vorhandenen Praxis mitarbeitet. Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, dass langfristig die Kinder in Bretten medizinisch gut versorgt sind.

Seit mehreren Jahren gehört die **Geburtshilfe** in der Rechbergklinik Bretten aufgrund von finanziellen und organisatorischen Erwägungen der Vergangenheit an. Wir haben große Sorge, dass nun zusätzlich die Hebammenhilfe immer weiter schwindet. Denn es wird auch in Bretten zunehmend schwierig, einen Geburtsvorbereitungskurs, einen Rückbildungskurs oder eine Hebamme für die Hausbesuche zur Betreuung während des Wochenbetts zu finden. Wir fordern daher: Werdende Mütter müssen in angemessener Zeit Hebammenhilfe bekommen. Daher setzen wir uns für Hebammen vor Ort in Bretten ein und regen an, ihnen einen **Kursraum für die Hebammenangebote** zur Verfügung zu stellen.

## *2. Kinderbetreuung*

Das zentrale **Anmeldeverfahren für die Vergabe von Kindergartenplätzen** der Stadt Bretten besteht seit 2016. Hier sehen wir großen Optimierungsbedarf, um dieses System flexibler auf die Bedürfnisse der Familien zuzuschneiden. Einmal muss die zeitnahe Kommunikation der städtischen Behörde mit den Eltern dringend verbessert werden. Es kann nicht sein, dass junge Eltern wochenlang im Ungewissen bleiben. Aber auch die frühzeitige Kontaktaufnahme der Mütter oder Väter mit der Einrichtung soll gestärkt werden. Die Neuaufnahme von Kindern ist derzeit nur einmal jährlich im Spätsommer möglich. Hier wünscht sich die FDP **mehr Flexibilität**, um Eltern, die unterm Jahr wieder in den Beruf zurückkehren, eine zuverlässige Betreuung ihres Kindes anzubieten. Ferner mag ein digitales Anmeldeverfahren das Procedere für alle Beteiligten vereinfachen.

# VIII. Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung

## *1. Die ‚Kleinstadtperle' bekannter machen*

Dass ein lebhaftes Stadtmarketing für die Zukunft Brettens bedeutend ist, wurde mit der Schaffung einschlägiger Stellen im Rathaus anerkannt. Woran es mangelt, ist die öffentliche Wahrnehmung von Aktionen, Projekten und Erfolgen. Verkaufsoffene Sonntage, Verkaufsnächte, rote Teppiche oder Aufkleber in der Fußgängerzone sind weder neu noch innovativ, sondern gängiges Standardprogramm. Zusätzlich ist ein gesamtheitliches Marketingkonzept vonnöten, das Bretten zu einem Besuchermagneten werden lässt.

Auch wenn Bretten bereits heute darüber wahrgenommen wird, muss das Profil unserer Gemeinde als Melanchthonstadt und als Peter-und-Paul-Stadt mit Kulturerbe-Auszeichnung weiter geschärft und um das Bild der **Europäischen Reformationsstadt** ergänzt werden. Als Freie Demokraten wollen wir Bretten als Wiege des Humanismus bekannter machen, seine historischen Besonderheiten und Kostbarkeiten stärker ins Bild rücken und die Stadt als Ausflugsziel profilieren. Objekte wie das **Gerberhaus** müssen raus aus dem Dornröschenschlaf. Bretten muss als **das ‚Tor in den Kraichgau'**, als Ausgangsort für vielfältigste Unternehmungen, prominent werden. Immerhin bietet es eine malerische Altstadt, Wander- und Fahrradwege, Gewässer, Kultur- und Naturschätze, die es touristisch zu vermarkten gilt.

Eine **Kraichgau-Vinothek**, in der sämtliche Tropfen der Region Kraichgau-Stromberg zu haben sind, könnte ein Vorzeigeprojekt sein, das sich um einen Probierraum ergänzen lässt (Weine unter Gasverschluss). Zumal die Touristikgemeinschaft Kraichgau-Stromberg hier ihren Sitz hat.

Bretten muss, damit Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung greifen, vor allem innerstädtisch attraktiver werden (Beispiel Eppingen). Nach wie vor **hässliche Leerstände** in der City müssen verschwinden oder wenigstens umgenutzt werden. Da reicht es nicht, ein paar Stadtplakate in Schaufenstern von Leerständen aufzuhängen. Das wirkt nicht progressiv, sondern eher peinlich.

Kurzum: Werbemaßnahmen zugunsten unserer Einzelhändler, Geschäfte und Unternehmen dürften langfristig wirksamer ausfallen, wenn sie in eine **Gesamtstrategie** des kulturellen und freizeitlichen Stadtmarketings eingebettet werden.

Unter dem Gesichtspunkt der Werbung für Bretten sollten wir zudem die Einfallstraßen, gewissermaßen das **Entrée zur Stadt**, optisch aufwerten. Der Kreisverkehr am Kraichgau Center ist inzwischen ein passables Beispiel, auch mit der neuen Plakatierung. Von Bruchsal her und am Bahnhof ankommend ist das Stadtbild dagegen kaum einladend. Bereits auf Autobahnen in der Nähe wäre ein Hinweisschild auf Bretten als Europäische Reformationsstadt und Melanchthonstadt sinnvoll.

## *2. Stadtentwicklung auf der Sporgasse*

Die bauliche Erschließung des heutigen Sporgassen-Parkplatzes hat zuletzt Fortschritte verzeichnet. Während im westlichen Bauabschnitt I ein Ärztehaus samt Tiefgarage realisiert wird, dominiert die **Idee einer Mediathek** die bisherige Planung des östlichen Bauabschnitts. Einerseits erscheint dieses Projekt gut begründet: Die bestehende Stadtbibliothek ist längst zu klein und hätte eine Sanierung nötig. Ihr Umzug in Richtung Sporgasse könnte dem Abhilfe schaffen. Andererseits muss das Konzept einer Mediathek zeitgemäß umgesetzt und in größeren Maßstäben gedacht werden. In Zeiten der Digitalisierung taugt ein Medienzentrum nur dann als Treffpunkt und Frequenzbringer, wenn dort der Zugang zu digitalen Medien ebenso geboten wird wie kulturelle Veranstaltungen, Konzerte, Kunstausstellungen und dergleichen.

Wir machen uns daher für einen **angemessenen Veranstaltungssaal** in der neuen Mediathek stark – einen Raum, der mehr Menschen fasst als der Bürgersaal im Alten Rathaus und weniger als die Stadtparkhalle. Mit solchen Kapazitäten ist die Einrichtung mehr als nur die neue Bücherei: Die Mediathek könnte zu einem kulturellen Zentrum avancieren, wo Kunst, Literatur, digitale Medien und Bildungsangebote eine Heimat in Bretten finden.

Im Übrigen plädieren wir als Freie Demokraten dafür, das Thema **Wohnen** auf dem heutigen Parkplatzareal nicht zu vernachlässigen. Auch Wohnimmobilien in der Sporgasse tragen zu einer Entspannung des hiesigen Wohnungsmarktes bei.

Auf Seiten der **Weißhofer Galerie** lässt die für Sommer 2019 geplante Eröffnung einer großen Buchhandlung hoffen. Dieser Zwischenerfolg spricht die Stadtverwaltung jedoch nicht davon frei, innovativere Nutzungskonzepte für den Fall zu entwickeln, dass sich weitere Händler aus dem ehemaligen ‚Schneider' zurückziehen. Desgleichen rufen wir die Stadt auf, den Dialog mit den jetzigen Geschäftsinhabern zu intensivieren: Ihre teils auch punktuellen Verbesserungsvorschläge tragen aus Sicht der FDP großes Potential in sich und könnten die Kundenfrequenz in der Galerie steigern.

Als vielversprechende Strategie betrachten wir nach wie vor die Idee, **große Ladenflächen in mehrere Einheiten aufzuteilen**, die zeitlich flexibel vermietet werden. Denn einige kleine Einzelhändler liefern mehr Gründe, die Weißhofer Galerie zu besuchen, als ein einzelner großer Anbieter. Entsprechend ließe sich ein Nutzungskonzept entwerfen, das gewissermaßen eine Markthalle nachbildet: Wir teilen die Hoffnung der jetzigen Mieter, dass etwa ein Zeitungskiosk, Tabakhandel, eine Postfiliale, der Verkauf von regionalem Wein, ein Feinkost-Angebot oder ein kleines Café die erwünschte Kundenfrequenz in den alten ‚Schneider' bringen könnten. Weitere Einfälle wie eine Zeitungsbeilage, in der sich alle Geschäfte vorstellen, bessere Wegweiser im Gebäude und **Kurzzeitparkplätze** am südlichen Eingang der Galerie könnte die Verwaltung kurzfristig in Zusammenarbeit mit den Geschäftsinhabern angehen.

Derweil droht sämtlichen Einzelhändlern in der Altstadt eine längere Durststrecke, wenn der heutige Parkplatz Sporgasse bebaut wird. Ohne bequeme Parkmöglichkeiten dürfte eine spürbare Zahl an Kunden die Brettener Innenstadt meiden. Die zentrale Herausforderung besteht somit darin, während der Bauzeit möglichst viele Parkplätze zu erhalten. Da dies auf der Sporgasse höchstens eingeschränkt möglich sein dürfte, regen wir ein (bestenfalls digitales) **Parkleitsystem** an, das beispielsweise auf freie Kapazitäten am Seedamm aufmerksam macht.

## *3. Gründer fördern, Pop-up Stores ermöglichen*

Wir möchten, dass Bretten für Jung- und Kleinunternehmer attraktiver wird. Wer eine innovative Geschäftsidee hegt, soll deren Tauglichkeit ohne große Risiken vor Ort erproben können. Gemünzt auf den Einzelhandel in der Brettener Innenstadt machen wir uns daher stark, dass **Pop-up Stores** zu einer dauerhaften Option für örtliche Gründer werden. Viel Beachtung fand das zugehörige Pilotprojekt, ein Spielwarenladen, der im Spätjahr 2018 in der Weißhofer Galerie sein Angebot präsentierte. Wer eine solche Idee für Bretten entwickelt und nicht absehen kann, wie die Resonanz ausfällt, belegt keine große Einkaufsfläche für mehrere Jahre. Vielmehr benötigen Kleinunternehmer flexibel zu mietende Flächen als Möglichkeit, sich in Bretten auszuprobieren, ohne allzu große finanzielle Risiken schultern zu müssen.

Die Freien Demokraten werben daher für eine fixe Fläche in der Brettener Innenstadt, wo sich Pop-up Stores entfalten können. Die Stadtverwaltung sollte ein derartiges Projekt wenigstens anstoßen oder könnte gar ein städtisches Gebäude dafür bereitstellen. In unseren Augen könnten Pop-up Stores die **Belebung der Innenstadt ankurbeln**, sorgen sie doch für wechselnde, kreative Angebote in der City und locken damit potentiell neue Kunden in das Herz Brettens. Da Pop-up Flächen lediglich die Initialzündung für angehende Geschäftsinhaber darstellen können, befürworten wir eine angemessene Deckelung der Mietdauer. Sowohl das Projekt selbst wie auch erfolgreiche Pop-up Unternehmer dürften in der Konsequenz zu einer **Verminderung der Leerstände** in der Innenstadt beitragen.

Was die Förderung von Neugründungen im IT-Bereich sowie in gängigen Gewerbesektoren betrifft, geht das benachbarte Oberderdingen mit seiner ‚**Erfindergarage**' einen vielversprechenden Weg. In Kooperation mit Hochschulen, lokalen Unternehmen, einem Trägerverein und Schulen will die Gemeinde Kinder, junge Erwachsene und potentielle Gründer mit digitalen Technologien in Kontakt bringen. Dafür stellt Oberderdingen eigens ein grundsaniertes, kommunales Gebäude zur Verfügung. Innovative Projekte wie dieses stünden auch Bretten gut zu Gesicht. Zumal in Gestalt der Karlsruher Hochschulen und mit örtlichen IT-Firmen gewiss vielversprechende Partner bereitstünden.

## IX. Freizeitangebote, Kultur und Vereine

In Bretten kann man schwimmen, klettern, Sport treiben, wandern gehen, Rad fahren, Tiere bestaunen, eine herrliche Altstadt erleben, Feste besuchen und ein üppiges Kulturangebot genießen. Wir als FDP wollen dieses breite Spektrum an Möglichkeiten stetig erweitern, insbesondere jedoch die hiesigen Freizeitangebote regional bekannter machen.

Bereits Anfang 2019 haben wir in der städtischen Haushaltsklausur beantragt, das Freizeitgebiet ‚In der Eng' um einen öffentlichen **Grillplatz** zu ergänzen. Denn im Gegensatz zu den Ortsteilen verfügt die Kernstadt bislang nicht über ein solchen Treffpunkt. Die Verwaltung zeigte sich offen, entsprechende Planungen noch 2019 in Angriff zu nehmen, damit binnen weniger Jahre ein Grillplatz in der Nähe von Tier- und Kletterpark realisiert werden kann.

Mehr Mut täte uns auch bei anderen Projekten gut. Warum lassen wir unsere Bedenken nicht beiseite und etablieren eine **feste hochkarätige Konzertreihe** in der Melanchthonstadt nach Machart der ‚Klosterkonzerte' Maulbronn? Mit dem bemerkenswerten, zu Recht gelobten ‚Sommer im Park' hat Bretten bewiesen, dass kulturelle Veranstaltungen vor Ort glücken können. Daneben müssen nun die Museen der Stadt aufgewertet und über Bretten hinaus prominent gemacht werden. Zugunsten des städtischen Miteinanders wollen wir ferner ein regelmäßiges „**Fest der Kulturen**" ins Gespräch bringen, wo Darbietungen kultureller wie gastronomischer Art die Besucher begeistern und den Dialog in unserer vielfältigen Gesellschaft stärken.

Größere Bekanntheit hätten die Badewelt, unser Tierpark sowie das neue Kletterangebot verdient. Wir meinen, die **Beschilderungen und Wegweiser** in Richtung dieser Angebote lassen sich optimieren.

Verschönern und besser in Szene setzen ließen sich ferner alle Bereiche, an denen Bretten mit (naturbelassenen) **Gewässern und Bächen** durchzogen ist. So könnten mehrere kleine **Erholungsgebiete** geschaffen werden, die mit Bänken, Stegen, kleinen Plätzen, Erläuterungstafeln und ansprechender Gestaltung zum Verweilen einladen. Dazu denkbar wäre ein beschilderter Wanderweg, der die aufgewerteten Erholungsbereiche verbindet.

Auf den Feldern Freizeit, Kultur, Sport und Jugendförderung leisten die vielen Ehrenamtlichen in Brettens gut 200 **Vereinen** herausragende Arbeit. Die Freien Demokraten stehen daher für eine adäquate öffentliche Förderung unserer Vereine und lehnen die Kürzung städtischer Zuschüsse ab. Stattdessen wollen wir insbesondere bei der Jugendarbeit eine **bessere Vernetzung** zwischen Vereinen und Schulen anregen. Darüber hinaus können wir uns neue Instrumente zur Anerkennung und Motivation ehrenamtlichen Engagements gut vorstellen.

# X. Haushalt und Beziehungen zur Stadtverwaltung

Bretten befindet sich seit Jahren auf einem Pfad solider öffentlicher Finanzen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen, Etatdefizite vermeiden und die kommunale Gesamtverschuldung stetig reduzieren. Die FDP kämpft für **generationengerechte Staatsfinanzen auf allen politischen Ebenen**. Entsprechend sind wir bereit, die zahlreichen Vorschläge und Ideen dieses Programms zu priorisieren. Vorrang haben für uns jene Problemfelder, die eine Vielzahl an Bürgerinnen und Bürgern in ihrem Alltag betreffen (Mobilität, Wohnungsbau, Digitalisierung). Ebenso halten wir Aufgaben für zentral, die in die Kategorie des unmittelbaren Bevölkerungsschutzes fallen (Feuerwehr, Hochwasserschutz).

Wir glauben, der Staat muss mit jenen Mitteln auskommen, die ihm die Bürger heute zur Verfügung stellen. Eine **Erhöhung kommunaler Steuern** in der kommenden Legislaturperiode des Gemeinderats **lehnen wir ab**. Stattdessen werben wir beispielsweise für eine lokale **Grundsteuerbremse**. Auf Bundesebene wirft die Reform der Grundsteuer ihre Schatten voraus. Da es mit der von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) vorgeschlagenen Neuberechnung der Einheitswerte zu einer Mehrbelastung auch Brettener Steuerzahler kommen könnte, wollen wir rechtzeitig für die Thematik sensibilisieren: Gegebenenfalls sind die örtlichen Hebesätze der Grundsteuer so anzupassen, dass die Reform aufkommensneutral wirkt und es in Summe nicht zu einer Mehrbelastung der hiesigen Bürgerschaft kommt.[3]

Gegenüber der Verwaltung wollen wir durchsetzen, dass die Herren Oberbürgermeister und Bürgermeister ihre Arbeit **transparent** machen. So regen wir an, dass die Stadtspitze einmal jährlich öffentlich berichtet, wie es um die Umsetzung bereits gefasster Beschlüsse des Gemeinderates bestellt ist. Auch regelmäßige **Bürgerversammlungen** zu verschiedenen Themen sollten den städtischen Terminkalender bereichern. Insgesamt wünscht sich die FDP eine **responsive Verwaltung**, die ihr Handeln öffentlich begründet, die Bevölkerung mitnimmt und Richtungsentscheidungen bewusst zur Diskussion stellt.

[3] Einen entsprechenden Beschlussantrag der Freien Demokraten Bretten mit weiteren Informationen finden Sie hier: http://fdp-bretten.de/eine-grundsteuerbremse-fuer-bretten/.